„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Kanadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ebmonds
Geschäftsführender Direktor.
Hermann Voss, Redakteur
Telephon 3390
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—52 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate $1.25, drei Monate 70c, ein Monat 25c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.00; sechs Monate, $1.50; drei Monate, $0.80, ein Monat 30c.
Anzeigen: Preise für den Zoll (Inserate, die nicht fortlaufend erscheinen sollen).
Weitere Anzeigen wie „in nächster Nummer", „offerte", usw. Für jede Einsetzung 5 Zoll entsprechend. Für jede weitere Einsetzung 50c.
Für jede Einsetzung 2 Zoll entsprechend $1.25, für jede weitere Einsetzung 50c.

Canada und die Kriegsfrage

Es ist ein Verdienst der Französischen Kanadier in Quebec, daß sie die Frage der Stellung Canadas zu einem zukünftigen europäischen Krieg nicht zur Ruhe kommen lassen. Wir sprechen ausdrücklich von einem „Verdienst", weil unserer Ueberzeugung nach die Klärung dieser Frage für die richtige und gesicherte Entwicklung des canadischen Volks-, und Wirtschaftslebens alles überragt. Solange nach das Damoklesschwert einer möglichen Verstrickung dieses Landes an einem früheren oder späteren bewaffneten Konflikt über unserem Haupte hängt, wird eine gewisse Nervosität bei allen auftauchenden Gerüchten, in der Großindustrie, im Handelsgewerbe, in der Finanz, bemerkbar sein. Auf dieser schwankenden Basis aber läßt sich keine gesunde und gleichmäßige Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte aufbauen.

In der letzten Ausgabe des „Courier" berichteten wir über eine Rede, welche Henri Bourassa vor seinen Wählern in Mont Laurier, Quebec, gehalten hat. Bourassa, der bekanntlich für das Prinzip der unbedingten Neutralität Canadas in allen Kriegen, die sein Volk und Land nicht unmittelbar betreffen, mit ganzer Kraft eintritt, nahm beispielsweise den Fall an, Frankreich würde den Sicherheitspakt von Locarno brechen. Dann müßte Großbritannien Deutschland zu Hilfe kommen. Würde Canada sich in einen solchen Konflikt hineingezogen lassen, so könnte es unter Umständen notwendig werden, daß die Französisch Canadier gegen die eigenen französischen Blut auf europäischen Schlachtfeldern kämpfen müßten. Wir können es Bourassa und seinen Freunden lebhaft nachfühlen, welche ungeheuerliche Zumutung das für sie wäre. Die Deutschcanadier würden in denselben Gewissenskonflikt geraten, wenn man von ihnen im Falle eines neuen Krieges Großbritanniens gegen das deutsche Volk Heeresdienste verlangen wollte. Von den Ansammlungen anderer Nationalitäten, wie der Polen, Ungarn, Ukrainer usw. die ebenfalls in Canada vertreten sind und zum Teil über ein sehr stark ausgeprägtes, nationales Empfinden verfügen, wollen wir ganz schweigen. Auch für sie könnte unter Umständen die Beteiligung Canadas an einem europäischen Völkermorden zu einer unerträglichen Sache werden.

Noch ein anderer Mann hat sich in die letzten Tage zur Kriegsfrage vernehmen lassen, nämlich der Führer der Conservativen, Herr Arthur Meighen. Nachdem er bereits einige Tage zuvor in Hamilton sich dafür erklärt hatte, daß keine Truppen die Küsten Canadas verlassen sollen, bevor nicht das canadische Volk in einer allgemeinen Abstimmung sein Votum dafür abgegeben hatte, hat er dieselbe Ankündigung in Actonvale in Quebec in französischer Sprache erlassen. Man muß bedenken, daß Meighen mit dieser Aeußerung einen ganz bestimmten Zweck verfolgte. Er wollte für den konservativen Kandidaten bei der Dominion-Ersatzwahl in Quebec-Süd, Francis Bagot, einige französische Stimmen fischen. Denn daran ist wohl nicht zu zweifeln, daß Meighen, ein britischer Imperialist durch und durch, im Ernstfalle gegen Canadas Beteiligung an einem von Großbritannien geführten Kriege auftreten würde. Seine Haltung und die Haltung seiner konservativen Partei ist ja seit des Weltkrieges oft noch in guter Erinnerung. Nicht vergessen ist auch, daß ausgerechnet Herr Meighen es war, der Premier Mackenzie King in schärfster Weise angriff, als dieser es ablehnte, daß Canada seine Unterschrift zum griechisch-türkischen Friedensvertrag von Lausanne hergebe. Ferner noch eine Frage: Warum kam Herr Meighen mit seiner Erklärung nicht schon im Laufe des letzten großen Wahlkampfes heraus? Weil er sehr genau wußte, daß er damit die britischen Imperialisten in Canada, die zu seiner Partei gehören, von sich abstoßen würde. Und schließlich: Wie würde eine canadische Volksabstimmung über Kriegsbeteiligung oder Neutralität ausfallen? Jeder, der sich für die Neutralität Canadas in einem solchen Falle einsetzen wollte, würde von den Konservativen als Landes- und Volksverräter an den Pranger gestellt werden.

Die Erklärung Meighens ist höchst durchaus unbefriedigend. Nur das Bekenntnis zum Prinzip **„Keine canadische Kriegsbeteiligung, wenn nicht der Boden Canadas selbst bedroht ist!"** bietet die feste Grundlage zu einer ruhigen und gesicherten Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte. **Wir sind zu friedlicher Arbeit nach Canada eingewandert, nicht aber um das Kanonenfutter für auswärtige Kriegsschauplätze abzugeben.**

Trotzky über Locarno

Leon Trotzky, der in Kislowodsk, einem Kurort im Kaukasus, Heilung seines Magenleidens sucht, hat in einer Versammlung des dortigen Ortssowjets seinen Ansichten über die Locarno-Verträge und über die Rolle, die nach seiner Meinung die Vereinigten Staaten bei den Unterhandlungen spielten, drastischen Ausdruck verliehen.

Er sagte, während Großbritannien vermöge des Sicherheitspaktes von Locarno als Friedensvermittler angesehen werde, wenigstens soweit Europa in Betracht komme, sei es die unsichtbare Hand Amerikas gewesen, die die Schnüre zog. England wird von ihm als „bloßer Hampelmann" Amerikas bezeichnet.

Trotzky gibt zu, daß die Amerikaner sich vor dem Kommunismus, der in ihrem Lande nur sehr schwach sei, nicht fürchten und daß die Hoffnungen, die auf eine proletarische Revolution in Europa und Amerika gesetzt würden, sich nicht verwirklichten, aber er behauptet, die Tatsache, daß die Sowjets seit acht Jahren an der Macht seien, beweise, daß die Moskauer Regierung sich wohl dem Sozialismus, aber nicht dem Kapitalismus nähere.

Amerika wird von Trotzky als „ein gefräßiges Raubtier" bezeichnet, weil es 41½ Milliarden der 9 Milliarden Dollars betragenden Goldreserve der Welt besitzt, und er meint, es sei ganz gut, daß es jenseits des Ozeans bleibe, wo es nicht in der Lage sei, die Sowjets zu bedrohen.

Trotzky ist der Ansicht, daß der Sicherheitspakt deshalb notwendig gewesen sei, weil alle anderen Länder unter dem Geldmangel leiden, Amerika seinen Geldüberschuß abführen will und weil die Amerikaner, die ihr Geld im Ausland anlegen, im Interesse ihrer Kapitalsanlagen Frieden und Ordnung verlangen.

Faszistischer Uebermut

In Wien äußert man sich über die wiederholten Aufforderungen des Sekretärs der Faszistenpartei in Südtirol, Signor Barbesino, gegen Oesterreich militärische Maßnahmen zu ergreifen; beunruhigt. Barbesino verlangt von der italienischen Regierung die militärische Besetzung (?!) Oesterreichs.

Die römische Zeitung „Piccolo Poto" veröffentlicht einen Artikel eines ungenannten Verfassers, der, nach einer Aufzählung der von den italienischen Behörden gegen die deutsche Bevölkerung Südtirols ergriffenen Maßnahmen, erklärt:

„Der Wiener Pöbel muß entweder mit unserm Geld gekauft oder mit der Peitsche behandelt werden. Da Italien kein Geld hat, um es an solches Gesindel zu vergeuden, wird es notwendig, die Peitsche anzuwenden. Führ' uns, Mussolini!"

Signor Barbesino hat erklärt, daß nach seiner Ansicht die Maßregelung der Deutschen in Südtirol nicht drastisch genug sei.

Die Wiener „Reichspost" meldet, daß die Belgrader Politiker kein Hehl daraus machen, daß sie von den Eroberungsabsichten Mussolinis überzeugt seien, deren Endziel angeblich die Besetzung Dalmatiens durch italienische Truppen sei.

Das Blatt berichtet, daß der erst kürzlich zum kroatischen Unterrichtsminister ernannte Kroatenführer Raditsch in einer in Laibach gehaltenen Rede Italien vor einer Verletzung der dalmatinischen Grenzen warnte. Nach dem Ton, den Raditsch in seiner Rede anschlug, nehmen diplomatische Kreise an, daß die zwischen beiden Ländern bestehenden Beziehungen gespannt seien. Raditsch sagte unter anderem:

„Wenn die Abenteuerpolitik in Italien gewinnt, wird sie nicht nur uns, sondern auch die Tschecho-Slowakei, Polen, Rumänien und die Türkei gegen sich haben. Sobald die Italiener die Grenzen überschreiten, werden sie sehen, was für eine Wirkung es auf England, Frankreich und Rußland haben wird.

„Wir machen einen Unterschied zwischen dem italienischen Volk und den „Schwarzhemden", die ein Schandlied für den guten Ruf Italiens sind. Was in Italien geschieht, schmerzt uns, ist aber nicht unsere Sache. Wenn aber die Faszisten an unsere Grenzen kommen oder sie überschreiten, werden 100 Millionen Menschen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gegen sie auftreten."

Weltumschau

Deutschland

Das preußische Finanzministerium teil mit, daß es bereit sei, dem früheren deutschen Kaiser als Abfindung eine Barsumme von 30 Millionen Mark, ferner einen Grundbesitz von 180,000 Acker, drei Palaste in Berlin, einen Palast in Babelsberg mit der gesamten Einrichtung und städtisches Grundeigentum in Berlin anzubieten.

Die Familie Hohenzollern mit Kaiser Wilhelm an der Spitze macht Ansprüche geltend, die sich auf hunderte von Millionen Mark belaufen und den Besitz ihrer großen Landgüter, Schlösser, städtischen Grundeigentums in verschiedenen Städten, Kunstschätze, Kriegsjuwelen und andere Wertsachen einschließen, die ihnen seit der Revolution vom Staate streitig gemacht werden.

Der preußische Staat will die sogenannten kronschlösser mit ihrer historischen Einrichtung, die früheren kaiserlichen Gärten, alle Kunstschätze der Hohenzollern im Berliner Museum und in der Schatzgallerie in München, sowie die Kronjuwelen, ferner die Bücherei der Hohenzollern, die Archive, die früher königlichen Theater, Grundbesitz in Berlin und Potsdam, Ländereien und Waldungen, zusammen 70,000 Acker und die Einkünfte aus den früheren Krongütern behalten.

Der Finanzminister erklärt, daß die angebotene Barsumme von 30 Millionen Mark dem Wert des an den Staat zurückfallenden Grundbesitzes entspreche.

Der Wert der Ländereien und Forste, die den Hohenzollern belassen werden, wird auf 50 Millionen Mark geschätzt. Der Staat Preußen hat seit der Revolution für die Instandhaltung des beschlagnahmten Besitzes des früheren Kaisers jährlich 20 Millionen Mark ausgegeben. Diese Auslagen würden in Wegfall kommen, wenn die vorgeschlagene Abfindung vom Landtag gebilligt werden sollte.

Da auch dem Reichstag Gesetzentwürfe vorgelegt werden, die darauf hinzielen, die Abfindung aller früheren Herrscher der deutschen Bundesstaaten, einschließlich des deutschen Kaisers, unter die Gerichtsbarkeit der Reichsregierung zu bringen und da auch im Landtag gegen die Abfindung der Hohenzollern von den Sozialisten, Demokraten und Kommunisten Opposition zu erwarten ist, stehen jedenfalls noch lange Debatten in Aussicht, bevor die Angelegenheit erledigt sein wird.

Ungarn.

Depeschen aus Budapest besagen, vierzig Dörfer im Backer Distrikt seien durch gewaltige Schneewehen von aller Welt abgeschlossen. Bei Herczegfalva steckte ein Eisenbahnzug drei volle Tage im Schnee, bis es endlich gelang, die Passagiere durch mächtige Schneepflüge aus ihrer prekären Lage zu befreien.

Graf Raphael Zichy ist, weil er sein Gesinde zum Meineid gegen seine Frau aufgereizt hat, zu 18 Monaten Haft, Verlust der Ehrenrechte und einer Geldbuße von 60,000,000 Kronen verurteilt worden. Der Graf, welcher gegen seine Gattin auf Ehescheidung geklagt hat, zwang das Hausgesinde zu beschwören, daß sich die Angeklagte verschiedener Indiskretionen schuldig gemacht habe.

Rußland

10 Prozent der gesamten Einfuhr nach Sowjetrußland während des letzten Quartals des Sowjet-Fiskaljahres, das am 30. September endigte, kam aus den Ver. Staaten und übertraf die Totalsumme von irgend einer anderen Nation, wie in einer vom russischen Informationsbüro veröffentlichten Erklärung mitgeteilt wird. Der Bericht führt an, daß der russische Handel im ganzen Jahr eine Unterbilanz von 855,400,000 in 1923-1924 zeigte. Die Einfuhr wird mit 8316,400,000 und die Ausfuhr mit 8261,000,000 angegeben.

In Berlin fand unlängst ein Kongreß sämtlicher Organisationen der aus politischen Gründen im Auslande lebenden Weißrussen statt, darunter der weißrussischen Gruppe aus Litauen und Polen. Auf diesem Kongreß wurde beschlossen, die ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetregierung aufzugeben. Dementsprechend wird die durch den Sieg des Bolschewismus in Weißrußland zur Auswanderung ins Ausland genötigte, auf demokratischer Basis stehende ehemalige Regierung der Volksrepublik Weißrußland, deren Ministerpräsident Dr. Sivkewitsch war, den Beschluß gefaßt, die weißrussische Volksregierung als liquidiert zu betrachten und die Sowjetregierung in Minsk als zu Recht bestehend anzuerkennen. Ueber die Motive dieses Schrittes erklärte Sivkewitsch einem Pressevertreter gegenüber, ein wichtiger Grund sei die Notwendigkeit, alle Kräfte des weißrussischen Volkes zur Erreichung seines wichtigsten Zieles zu sammeln, nämlich der Befreiung des westlichen Weißrußlands von der polnischen Oberherrschaft. Weißrußland umfaßt die Gouvernements Mohilew, Minsk, Witebsk und Smolensk mit zusammen 93,000 Quadratmeilen und rund 4½ Millionen Einwohner. Die westlichen Teile dieses Gebietes sind nach dem Weltkriege Polen zugesprochen worden.

Unter Mordanklage werden in Moskau 26 russische Bauern prozessiert, die beschuldigt sind, in dem Dorfe Kavenzino zwei Zigeuner lebendig verbrannt zu haben. In abergläubischer Furcht, daß die Zigeuner Unheil bringen würden, hatten 300 Bauern die beiden Zigeuner auf dem Wege durch den Wald überfallen und sie mißhandelt, bis sie bewußtlos zusammenbrachen. Darauf trugen die Bauern einen Scheiterhaufen zusammen, rissen ihren Opfern die Kleider vom Leibe und warfen sie lebend in die lodernden Flammen. Ein schwerer Baumstamm wurde über die Körper gelegt, um ein Entkommen der Unglücklichen zu verhindern. Auf beiden Enden des Baumstammes hatten sich etliche Bauern zwecks Vermehrung der Last durch ihr eigenes Körpergewicht hingesetzt, bis die beiden Opfer völlig verbrannt waren.

Frankreich.

Der kurze Aufenthalt des russischen Sowjet-Außenministers Tschitscherin in Paris gab ihm Gelegenheit zu informellen Besprechungen mit führenden französischen Staatsmännern über schwebende Fragen zwischen beiden Ländern, hauptsächlich über die Angelegenheit der russischen Schulden an Frankreich. Tschitscherin fuhr darauf nach der Riviera, um noch kurz Aufenthalt in Wiesbaden, Deutschland, weiter Erholung zu suchen. Seine Unterredungen in Paris erfolgten mit dem, an die Spitze eines neuen Kabinetts berufenen früheren Außenminister Aristide Briand und dem früheren Premier Painlevé. Bei seiner Rückkehr aus dem Süden in etwa zehn Tagen wird er vermutlich mehr formelle Besprechungen aufnehmen.

Der „Petit Parisien" berichtet, daß die Konversationen sich zu offiziellen Unterhandlungen gestalten werden. Die Moskauer Regierung, sagt das Blatt, hege den aufrichtigen Wunsch, über die Schuldentrage sich mit Frankreich zu verständigen.

Großbritannien.

Im Unterhaus wurde der Mißtrauensantrag der Laboriten gegen die Regierung wegen der Strafverfolgung von 12 kommunistischen Führern abgelehnt. Der frühere Arbeiter-Premier Macdonald bezeichnete diese Strafverfolgung in einer langen Rede als ein „politisches Verbrechen aus politischen Motiven". Er machte geltend, das wirkliche Motiv des Vorgehens gegen die Kommunisten sei nicht eine Furcht vor Aufreizung der Armee, sondern einfach die Gelegenheit zur Erfüllung eines Pronunziamentos gewesen. Sollte je der Tag kommen, daß ein Brite seiner Ansicht nicht mehr freien Ausdruck geben könne, so habe das Land entweder einer Reaktion der strengsten Art oder aber einer Revolution gegenüber.

Der Sekretär des Innern, Jonnie Gids, erklärte, gegen die Leute sei nicht wegen Ausdruck ihrer Ansichten vorgegangen worden, vielmehr weil sie versucht hätten, eine Aenderung der Verfassung durch Gewalt herbeizuführen.

Die „Westminster Gazette" meldet, daß in der Streitfrage zwischen Großbritannien und der Türkei über die Mosulgrenze eine außerordentlich schwierige Situation entstanden und die ernste Gefahr eines Krieges vorhanden sei. Die Türken sollen, wie die Zeitung erklärt, entschlossen sein, für den Fall, daß „die Entscheidung der Liga gegen sie ausfallen sollte, im Irak einzudringen und Mosul zu besetzen. Die türkische Armee hat eine Friedensstärke von 300,000 Mann, ist gut ausgerüstet und hat hinreichendes Kriegsmaterial und Munition.

Die „Westminster Gazette", die diese Nachricht bringt, opponiert der Regierung und nimmt den Standpunkt ein, daß Großbritannien seine Kontrolle über das Königreich Irak aufgeben sollte.

Italien.

Die Abgeordnetenkammer hat das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz angenommen, das eine außergewöhnlich strenge Maßregel jener im Auslande lebenden italienischen Staatsangehörigen vorsieht, die ihrer Opposition gegen die Regierung durch Handlungen oder Aeußerungen Ausdruck geben. Durch das Gesetz wird der Regierung das Recht eingeräumt, Italienern, die im Ausland leben, die Bürgerrechte zu entziehen und ihre Besitzungen in Italien zu beschlagnahmen, „falls sie der Ansicht ist, daß deren Handlungen eine Störung der öffentlichen Ordnung innerhalb des Königreiches zur Folge haben oder die Interessen oder das Ansehen der italienischen Nation schädigen könnten, auch wenn solche Handlungen an und für sich kein Verbrechen darstellen."

Das Gesetz, das nur einen einzigen Paragraphen enthält, wurde im letzten Augenblick amendiert, und zwar wurde ein Zusatz hinzugefügt, der bestimmt, daß die Verwandten, insbesondere aber die Söhne, eines Gemaßregelten dessen Schicksal nicht teilen sollen.

Mehrere Abgeordnete erklärten im Laufe der Debatte, daß die antinationale Tätigkeit im Auslande lebender Italiener das Gesetz notwendig gemacht habe. Ein Abgeordneter meinte, diese Exilierten hätten im Auslande genug Fonds zur Verfügung, um bewaffnete Expeditionen gegen das Vaterland zu organisieren.

Justizminister Rocco, der die Vorlage verkündigte, sagte, sie wäre „gegen die aus ihrem Vaterlande geflüchteten Pseudo-Intellektuellen, die Auswürflinge und Renegaten der Bourgeoisie", gerichtet.

Der kommunistische Abgeordnete Borin erklärte, das Gesetz werde unter den Volksmassen den rebellischen Geist gegen den Faszismus nähren.

Die Kammer nahm auch die Vorlage an, durch deren Bestimmungen der Machteinfluß des Ministerpräsidenten vergrößert wird. Fortan ist der Premier nicht mehr dem König und dem Parlament, sondern dem König allein für seine Amtstätigkeit verantwortlich.

Japan.

Nach Unterhandlungen, die sich drei Monate hingezogen hatten, kam ein Uebereinkommen über Ausbeutung der Oelfelder auf der Insel Sachalin zwischen der Sowjet-Regierung und vier japanischen Montangesellschaften zustande. Der Kontrakt wird am 10. Dezember abgeschlossen. Es handelt sich hierbei um die Oelfelder, welche früher an die Sinclair-Interessen konzessioniert worden waren.

Die Japaner erwarten, daß sie mit jenen Oelfeldern sich in Betreff der Oelausfuhr von den Vereinigten Staaten unabhängig machen können. Außer den Erdbrunnen, die Japan unter dem Pekinger Abkommen erwirbt, erhält es das Recht zur Ausbeutung eines weiteren Gebiets von 10,000 Quadratmeilen an der Ostküste von Sachalin für die Dauer von 10 Jahren. Ferner fallen ihm ausgedehnte Oelfelder zur Entwicklung zu für eine Dauer von 70 Jahren.

Die Japaner zahlen den Russen für die Oelgewinnung Tantiemen von 5 bis 15 Prozent und für Kohlen 5 bis 8 Prozent.

Vom Völkerbund

Nach der Ansicht der verschiedenen Großmächte dürfte der Eintritt Rußlands in die Völkerliga die logische Folge des Anschlusses Deutschlands an den Völkerbund sein.

Die Unterzeichnung der Locarno-Verträge wird als ein sicheres Zeichen dafür betrachtet, daß Deutschland um Aufnahme in den Völkerbund einkommen wird. Dieses aber dürfte in sich wieder der erste Schritt sein, der Rußland bewegen dürfte, sich um Aufnahme in die Liga zu bewerben.

Ausgedehnte Vorverhandlungen werden vor der Aufnahme der Sowjets notwendig sein. Die Mitglieder des Völkerbundes müssen vorher die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sich Rußlands Mitwirkung am Werk der Liga für diese nicht verderblich gestalten wird. Seither war bekanntlich von Moskau aus erklärt worden, die Liga werde durch kapitalistische Einflüsse mundtot gemacht. Rußland werde unter keinen Umständen dem Völkerbund anders wie als vollständig gleichberechtigtes, unabhängiges Mitglied beitreten.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London hat Deutschland elf internationale Verträge, die mit acht verschiedenen Nationen abgeschlossen wurden, zur Registrierung beim Liga-Sekretariat hinterlegt.

Da Deutschland noch kein Mitglied der Liga ist, wäre es unter den Ligasatzungen auch nicht gehalten gewesen, Abschriften dieser Verträge zu hinterlegen, um deren Inhalt der Welt bekannt zu geben.

Der Locarno-Schlußakt in London

Vertreter der Mächte unterzeichnen Vertrag.

Neue deutsche Forderungen.

Der Sicherheitspakt, den Deutschland mit den Ententemächten in Locarno abschloß und der die Regierungen verpflichtet, die im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen aufrechtzuerhalten, wurde am 1. Dezember zusammen mit den übrigen Vereinbarungen der Locarno-Konferenz von den Vertretern Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Polens und der Tschecho-Slowakei in London unterzeichnet.

Die kurze Zeremonie der Unterfertigung des Sicherheitspaktes mit allen Anhängseln, die kaum eine Stunde in Anspruch nahm, unterschied sich von der vor sechs Jahren mit allem erdenklichen Pomp vorgenommenen Unterzeichnung des Versailler Diktates vor allem dadurch, daß diesmal Deutschlands Vertreter aus freiem Willen nach London gekommen waren, mit allen den Repräsentanten einer Großmacht gebührenden Ehren empfangen und nicht wie seinerzeit in Versailles bis zur Stunde der Unterfertigung wie Gefangene behandelt und bewacht wurden, und daß sie, Deutschlands Vertrag unterzeichnen, an dem sie garnichts mehr ändern konnten, da dieser bereits in allen Punkten von ihnen nicht nur gebilligt worden, sondern dessen Anregung von ihrer Regierung ausgegangen war.

Als Repräsentanten der Signatarmächte erschienen:

Stanley Baldwin, Großbritanniens Premierminister; Sir Austen Chamberlain, Großbritanniens Außenminister; Aristide Briand, Frankreichs Ministerpräsident; Reichskanzler Dr. Luther und der deutsche Außenminister Dr. Stresemann; Emile Vandervelde, Ministerpräsident von Belgien; Graf Scialoja, Bevollmächtigter der italienischen Regierung; Graf Skrzynski, Polens Ministerpräsident und Dr. Eduard Benesch, Außenminister der Tschecho-Slowakei.

Der Sicherheitspakt wurde von den Vertretern Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens, und die einzelnen Schiedsgerichtserklärungen von Deutschland und von deren Nachbarn Frankreich, Belgien, Polen und der Tschecho-Slowakei, um 11:25 vormittags unterzeichnet.

Vorher hatte der britische Außenminister, ohne sich zu erheben, die versammelten Delegaten namens des britischen Königs in einer kurzen Ansprache begrüßt. Er drückte das Bedauern der Majestät aus, daß infolge des Ablebens der königin Mutter Alexandra eine Aenderung des ursprünglich zum Anlaß der Unterzeichnung des wichtigen Vertrags geplanten Programms notwendig geworden war.

Diese Ansprache wurde von den Vertretern der ausländischen Regierungen erwidert. Namens Deutschlands sprach Reichskanzler Dr. Luther.

Nachdem die Vereinbarungen unterzeichnet worden, handigte der britische Außenminister dem deutschen Reichskanzler die von den Vertretern der alliierten Mächte abgefaßte Auffassung über die Anwendbarkeit des Artikels 16 des Völkerbundes ein. Dieses Dokument hat in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Delegation hat gewisse Klarstellungen hinsichtlich des Artikels 16 der Völkerbundsatzung verlangt. Wir sind nicht zuständig, im Namen des Völkerbundes zu sprechen, wir zögern aber nicht, nach den in der Versammlung und in den Kommissionen des Völkerbundes bereits abgegebenen Erklärungen und nach den gewissen uns ausgetauschten Erörterungen über die Auslegung mitzuteilen, die wir unsererseits dem Artikel 16 geben.

Die für die Völkerbundsmitglieder aus den Artikel 16 sich ergebenden Verpflichtungen sind nach unserer Auslegung so zu verstehen, daß jedes der Mitglieder des Völkerbundes gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um den Satzungen Achtung zu verschaffen und um jeder Angriffshandlung entgegenzutreten in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage vereinbar ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.

Hierauf gelobte jeder Vertreter der Signatarmächte, daß seine Regierung die Verpflichtungen, die sie durch die Unterfertigung der Vereinbarungen übernahmen, erfüllen werde.

Der britische Premier, Stanley Baldwin, gab diese Erklärung für seine Regierung ab und fügte hinzu, Großbritannien sei sicher, daß der Sicherheitspakt die auf ihn gesetzten Hoffnungen der Welt, die Grundlage für den Frieden zu bilden, den man so lange suchte, nicht enttäuschen werde.

Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann, der das mündliche Gelöbnis der Vertragserfüllung für Deutschland abgab, hatte daß nichts in dieser schwierigen Zeit zweckmäßiger sein würde, als die offenkundige Beobachtung des Geistes des guten Willens, den der Sicherheitspakt erweckte.

Der französische Premier Briand erklärte, es gäbe keine Person in der Welt, die an den Vorgängen des heutigen Tages nicht tiefes Interesse nähme. Er sagte zum Schlusse seiner Bemerkung: „Ich kann dem mir gegenübersitzenden deutschen Kanzler in die Augen sehen und ihm versichern, daß ich ein guter Franzose geblieben bin, gerade so wie er durch sein Kommen ein guter Deutscher blieb, aber wir beide sind Europäer."

Bevor die Versammlung sich auflöste, wurde von den Delegaten ein gemeinsames Telegramm an die Stadt Locarno abgesandt, worin dieser der Dank für die den Delegaten während der stattfindenden Konferenz gewährten Gastfreundschaft ausgesprochen wurde.

Die Vertragsunterzeichnung fand in dem historischen Empfangssaal des Auswärtigen Amtes statt, der seit den Tagen der Königin Viktoria für festliche Anlässe nicht mehr in Benutzung stand. Während der Kriegszeit diente der Saal als Kanzlei für Zensoren und Stenotypisten.

Nachdem die einfache Zeremonie der Vertragsunterzeichnung beendet war, waren alle Delegaten Gäste des britischen Außenministeriums bei einem Gastfrühstück.

Später wurden von den Delegaten den Pressevertretern Erklärungen abgegeben.

Briand sagte: Der Weltfrieden hatte ohne eine solche große Demonstration internationalen guten Willens, wie es die heutige Zeremonie war, nicht herbeigeführt werden können. Es ist der bedeutsamste Schritt in der Geschichte der modernen Welt und in der Zukunft sollte es zwischen den Nationen nur zu Zusammenkünften und Schiedsgerichte kommen und für Krieg und Rüstungen kein Platz sein.

Der britische Außenminister erklärte, der Abschluß des Locarno-Paktes habe das Problem der Sicherheit gelöst, während der Friede Europas durch den Beitritt Großbritanniens und Italiens zu dem Sicherheitspakt gesichert worden sei. Die Vereinbarungen von Locarno seien das Resultat des aufrichtigen Wunsches der Herzen beseelten Wunsches nach Frieden und Versöhnung. Sie haben den Krieg verbannt und vorgesorgt, daß irgend eine angreifende Macht von nun an automatisch geächtet werde. Jenen, die denken, daß der Vertrag nicht weit genug gehe, wolle er sagen, daß er durch die Schaffung des Sicherheitsgefühles direkt zur Abrüstung führe. Bevor dafür ist, daß der Völkerbund einen Abrüstungsplan vorbereite und ihn der nächsten Bundesversammlung vorlegen werde.

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch erklärte, daß der Locarno-Vertrag die internationalen Probleme von Europa gelöst habe. Es sei nun Sache der Völker, ihre inneren Angelegenheiten auf eine solide Grundlage zu bringen und wenn dies geschehen sei, werde die Wohlfahrt von West-Europa gesichert sein.

Der belgische Ministerpräsident Emile Vandervelde ist der Ansicht, daß die durch den Sicherheitspakt vorgenommene Hausreinigung in Europa die Möglichkeit einer Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten möglich machen werde, ohne daß die letzteren Gefahr laufen würden, dazu verhalten zu werden, in irgend eine europäische Angelegenheit einzugreifen.

Der polnische Premier Graf Skrzynski erklärte, der Sicherheitspakt biete den europäischen Staaten Gelegenheit zum Frieden und zur Abrüstung, wie sie sie vorher noch nie hatten.

Reichskanzler Dr. Luther sagte: „Dieser Tag der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes ist ein Meilenstein in der Geschichte der europäischen Nationen. Er befindet den Willen aller Vertragsparteien, den Frieden zurückzubringen. Durch unsere Bemühungen werden schließlich auch die normalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen wiederhergestellt werden. Ich sehe diesen Pakt als den ersten Schritt an, als einen entscheidenden, in dieser Richtung an. Das Endziel ist die Befriedung der Welt und in ihrem Gefolge die Wohlfahrt der Völker. Es sind noch Hindernisse zu überwinden, aber wir sind jetzt endlich soweit vorwärts gekommen, daß ich mit Genugtuung sagen kann, daß das Ziel erreichbar ist."

Am Nachmittag wurde zwischen Premier Briand, Reichskanzler Luther und dem deutschen Außenminister Stresemann eine Konferenz abgehalten, in der, wie mitgeteilt wird, die Forderungen in Erwägung gezogen wurden, die Deutschland angesichts der Unterzeichnung des Sicherheitsvertrages zu stellen sich berechtigt fühlt.

Ueber den Verlauf der Konferenz wird streng Schweigen bewahrt, aber es heißt, daß eine der deutschen Hauptforderungen, nämlich die uneingeschränkte Entwicklung des kommerziellen Flugwesens, in Beratung genommen wurde.

Das Kainszeichen der heutigen europäischen Menschheit: der wahnsinnige Stoffhunger, der unstillbare Durst nach Materie.

* * *

Die Geister sind wie Felder: eines treibt
In Fülle Halm und Blumen aller Enden;
Indeß ein and'res öd' und fruchtlos bleibt.
Du magst darauf die größte Müh' verwenden:

* * *

Was ich Dir gar sehr empfehle
Für die Ruhe Deiner Seele:
Hüte Dich, Dich zu beschweren
Wegen nicht erwies'ner Ehren.

* * *

Reichtum — eine schöne Sache.
Dazu, daß man sorglos lebe;
Doch auch andern etwas gebe
Und ihr Dasein leichter mache.